

Briesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Gelehrte Zeitung Briesau.

Gemäß Nr. 20.

Gelehrte Zeitung Briesau.

Gemäß Nr. 20.

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Niesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 107.

Montag, 10. Mai 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Briesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranmeldung, monatlich 2.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung am Postkantor monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind die 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewebe für das Geschäft am bestimmten Tag und Plächen wird nicht übernommen. Preis für die 45 min breite, 3 mal hohe Gründschrift-Zeile (7 Silben) 20 Pf. Rechte Tafeln, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sollungs- und Veröffentlichungsort: Niesa. Verschreibungsunterhaltungsbüro „Gräbler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Referenten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notizkredit und Verkauf: Pommere & Winterlich, Niesa, Metzgerstraße 59. Vermietung für Wohnung: Arthur Fähnrich, Niesa; für Mietgenossenschaft: Wilhelm Dittmar, Niesa.

Als Beiträge der Besitzer von Pferden und Kindern zur Deckung der
a) im Jahre 1919 an Viehleidens-Gutschädigungen (Verordnung vom 6. April 1912,
G. u. V. Bl. S. 51 f.)
b) vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 an Gutschädigungen für nichtgewerb-

liche Schlachtungen (Besch vom 2. Juni 1898 und Ausführungs-Verordnung vom
2. November 1906, Ges.- und V. Bl. S. 74 und 264 f.), bestrittenen Verträge sind
nach der Viehauflösung vom 1. Dezember 1919 zu leisten für jedes im Privat-
besitz befindliche

Pferd zu a: 3 Mt. 6 Pf.

Kind unter 8 Monaten zu a: 78 Pf.

Kind von 3 Monaten und darüber zu a: 78 Pf., zu b: 3 Mt. 48 Pf., zu-

sammen 4 Mt. 26 Pf., sowie
für jedes im Reichs- oder Staatsbesitz befindliche Kind von 3 Monaten und
darüber zu b: 3 Mt. 48 Pf.

Die Erhebung dieser Beiträge erfolgt demnächst durch die Gemeindebehörden.

Wegen der Einhebung und Ablieferung der Beiträge verbleibt es bei dem zeitigen
Verfahren.

Dresden, am 8. Mai 1920.

Wirtschaftsministerium.

530 VV

1310

Die Mände unter den Pferden von G. Gutmann in Richtensee ist erloschen.
Großenhain, am 8. Mai 1920.

1149 a Ei. Die Amtshauptmannschaft.

Dienstag, den 11. Mai d. J. vorw. 10 Uhr sollen im Versteigerungsraume des
Amtsgerichts Niesa ca. 9 Bld. Gutsplätzchen versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die Wälder der Schrebergärten an der Steinstraße werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß der Wochentag für das Jahr 1920 in der Zeit vom 10.—20. Mai d. J. zu entrichten ist, der selbe beträgt lt. Beschluss des Gemeinderates pro qm 30 Pfennig.

Die Beiträge werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4 in der Geschäftszeit Werktag vormittags von 8.—11 Uhr entgegengenommen.

Gröba (Elbe), am 8. Mai 1920.

Der Gemeindevorstand.

Kohlenkartenausgabe in Gröba.

Dienstag, den 11. Mai 1920, nachmittags 4—5 Uhr werden in den bekannten
Markenabsatzstellen die Kohlenkarten ausgegeben.

Der Gemeindevorstand.

Halbe Brotration in Prag.

zu Prag, 9. Mai.

Zu Prag wird auf Entschließung des Ernährungsministers die Bevölkerung vom 10. Mai ab um die halbe Brotration erhalten. In der letzten Woche erhielt der größte Teil der Bevölkerung überhaupt kein Brot.

Verhandlungen mit den streikenden Elbeschiffern.

Elbeschiffern.

Das Prager Volksvermögensministerium hat den Vertretern der ausständigen Elbeschiffer, natürlich aus Berlin, nach Prag geladen. Staatssekretär Graba und Ministerdirektor Heindl verhandelten mit ihm über die Bedingungen, unter denen die Lebensmittelversorgung für die tschechische Republik transportiert werden könnten, da die deutsche und tschechische Arbeiterschaft im südböhmischem Industriegebiet durch den Streik besonders empfindlich betroffen sei. Die tschechische Regierung habe auf der Elbe 1000 Waggons Weiß, davon zwei Schiffe bereits dorthin von Dresden liegen. Der größte Teil sei in Hamburg angehalten worden, wohin allmählich 8800 Waggons Weiß und Getreide, die bereits angelangt seien, gelangen.

Eregung in der Münchener Arbeiterschaft.

zu München, 9. Mai.

Die Eregung der linkstehenden Münchener Arbeiterschaft über das Dauerverbot der beiden radikalen Blätter hat sich derart verschärft, daß die Gefahr eines neuen Generalstreiks besteht. Von der U. G. P. ist für Dienstag eine Massenversammlung zum Protest gegen die Zeitungsverbote angekündigt worden.

Um die Internationalisierung der 2. Zone Schleswigs.

zu Flensburg, 9. Mai.

Das neue dänische Ministerium hat erklärt, daß es die Befreiungen zur Internationalisierung der zweiten Zone nach Kräften unterstützen werde. Es war dies notwendig zu sagen, weil sonst die Konserventen, auf die das Ministerium zur Wehrbildung angewiesen war, ihm ihre Gehilfenschaft verweigten. Nun erklärt „Denoen“ (Bundesblatt) aus einer Quelle, daß weder die Mitglieder des Ministeriums Neergaard noch diejenigen Männer innerhalb des Kabinetts, die hinter den Internationalisierungsbemühungen stehen, irgendeine Hoffnung haben, daß ihr Wunsch auf Internationalisierung Erfüllt hat. Der Verlust sei nur gemacht worden, weil man damit die Nationalisten zurückdrängen wollte, die die Nationalitäten zurückdrängen möchten. Sehr bemerkenswert ist es auch, daß in der Programmrede des neuen Ministerpräsidenten sein Wort von der Internationalisierung gesagt wird.

Die Grenzziehung in Schleswig.

Gegenüber einem Vertreter der Deutschen U. G. St. erklärte der Reichsminister Dr. Röder: Eine amtliche Bestätigung der aus Paris kommenden Nachricht, daß der norwegische und der französische Delegierte bei der internationalen Schleswig-Kommission den Übergang von vier Kirchspielen nördlich der Clausenlinie an Dänemark vorbereiteten hätten, liege nicht vor. Da sie aber zum zweiten Mal in der Presse erscheine, sei mit der Möglichkeit eines solchen Vorwurfs zu rechnen. Der Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der Grenzziehung ergebe sich aus der Forderung der Elbdeutsche. Zu der angeblich schwierigen Lage, in der sich die dänischen Bewohner der zweiten Zone befinden, sei zu bemerken, daß diese Bewohner sofort wegfallen würden, wenn die Dänen mit Deutschland einen Vertrag über den Wiederbeschluß abschließen. Ein sehr weitgehender Vertragsentwurf liege schon im Auswärtigen Amt vor. Deutschland habe alle Ausnahmen gegeben gegen die Dänen aufgehoben und sei bereit, ihnen Schulen mit eigener Sprache einzurichten. Von nennenswerten Widerreden gegenüber den Dänen während und nach der Abstimmung sei nichts bekannt. Die Eregung der Deutschen habe sich auch viel weniger gegen die wirtschaftlichen Dänen gerichtet, als gegen diejenigen, die aus niedrigen, meist wirtschaftlichen Beweggründen ihr Vaterland in der Stunde der Gefahr verraten hatten. Aber auch diese Erregung sei heute verschwunden.

Belgien's Beziehungen zu Deutschland.

Der belgische Justizminister Vandervelde erklärte einem Vertreter der „Nationalzeitung“ in Brüssel, was die Beziehungen zu Deutschland betreffe, so sieht der Hahn noch sehr tief. Über ein Bild auf die Karte sei, daß Belgien auf dem Verkehr mit dem rheinisch-moselfränkischen Gebiet ebenfalls als wie mit Frankreich angesehen sei. Auch die Balata lade zu solchen Beziehungen ein, während sie einen Handel mit Amerika und England erzielt.

Die Entschädigungssumme.

Der Matin meldet, daß Sonnabend abend die französischen Finanzschwerverdächtigen in London angelommen sind, um von Montag ab mit den englischen Sachverständigen über die Frage von Spa zu verhandeln. Der Führer der Delegation erklärte dem Matinvertreter, er sei für die sofortige Fixierung der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen habe. Er würde sogar mit Verhandlung leben, wenn man noch eine Klausel hinzutügen würde, durch die man den Deutschen sage, sie könnten eine Herabsetzung der Gesamtsumme verlangen, wenn sie rascher bezahlt, als festgelegt sei. Die Deutschen könnten auch unter Gold und Wertpapieren liefern, Robben, fertiges Material, wie z. B. Eisenbahnmateriale. Die Wiedergutmachungskommission könne heute wie in 5 oder 10 Jahren die Entschädigungssumme festlegen, denn sie könne doch nie anders als un�ähbar bestimmt werden. Es sei unnötig, von Deutschland eine Summe zu verlangen, die es nicht bezahlen könnte. Seine Schulden mühten durch eine umgrenzte Hälfte fixiert werden. Man müsse also so genau als möglich anlegen, was Deutschland bezahlen könne, ohne daß es seine Unternehmungen paralysiere, und von ihm verlangen, daß die Summe festgesetzt werde, ohne den Nationen Schaden zuzufügen und ohne ein wirtschaftliches Desastre herbeizuführen, indem man mehr verlange.

Die Streitbewegung in Frankreich.

Der Allgemeine Arbeiterverband (G. A. T.) hat Sonnabend abend beschlossen, den Streik auf die Bauarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter auszudehnen. Zur letzten Kategorie gehören die Angestellten der Untergrundbahnen, der Straßenbahnen, der Autobusse, der Kraftdroshöfen, der Spedition und der Minenbahnen. Die G. A. T. wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Weigerung der Regierung, die Forderung der Arbeiterklasse in Erwägung zu ziehen, zwinge dazu, der Streitbewegung weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei, die Herrschenden zu einer Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf dem sie bei der unumgänglich notwendigen Neorganisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Die G. A. T. fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzuführen.

Pariser Blätter bringen eine Mitteilung des Sekretärs der Gewerkschaft der Angestellten der Untergrundbahnen, in der die Angestellten aufgefordert werden, die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen, sondern Solidarität zu üben, damit die angestrebte Verstaatlichung der Pariser Transportunternehmen erreicht werde. Ferner wird eine Aufforderung des Bundes der Eisenarbeiter und Eisenarbeiter veröffentlicht, die Arbeit auf unbestimmte Zeit ruhen zu lassen.

Für ganz Frankreich hat die französische Regierung das Abhalten kommunalischer Versammlungen verboten.

Aufdeckung eines Stahldiebstahls.

zu München. In den Kruppwerken in Freiberg bei München ist ein großer Tieilstahl aufgedeckt worden. Ein Stahlmeister der Werke entwendete an einem Tag 12500 Kilogramm Stahl und verkaufte diesen Wolken an einen Altwarenhändler für 87500 Mark. Der Täter wurde verhaftet. Bei der Verhaftung versuchte er, den Kriminalbeamten mit 15 000 Mark zu bestechen.

Deutschliches und Südlisches.

Niesa, den 10. Mai 1920.
— Offizielle Sitzung des Stadtrats am Dienstag, den 11. Mai 1920, nachm. 5 Uhr.

1. Vornahme verschiedener Bauarbeiten im Stadt. Grundstück Parkstraße 26. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Langenfeld. — 2. Pfasterung des Fußwegs in der Schäferstraße entlang dem Grundstück der Görl. Möbelindustrie Höchst u. Goedt. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Günther. — 3. Übernahme eines Teils der Kosten für die Fußwegs-Pflasterungen in der Weizener Straße. Beichterstatuer: Herr Stadtb. L. Schmid. — 4. Umbau verschiedener Einrichtungsgegenstände des Eislaubabases. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Schönberg. — 5. Inventar-Anschaffungen für das Pfannenhaus. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Samber. — 6. Bevollmächtigung von Tenerungszulagen an die Schreiter des Pfannenhauses. Beichterstatuer: Frau Stadtb. Schlimpert. — 7. Errichtung neuer Beamtenstellen in der Sparfasse. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Baumh. — 8. Klageerhebung gegen eine auswürtige Person. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Reyer. — 9. Verzicht auf Gebrauchsaufl. — 10. Erhebung eines Pfandsanteiles für Wohnungen, die auf Kosten der Stadt in Gebäuden erstellt werden, welche Wohnzwecken bisher nicht dienten. — 11. 1. Richttag zur Pfarrordnung für die Stadt Niesa vom 29. März 1912. Beichterstatuer: Herr Stadtb. Rosberg. — Richterliche Sitzung.

Offizielle Sitzung. Den Abend der Wahlversammlungen in unserer Stadt eröffnete am Sonnabend abend die Deutsche Volkspartei mit einem Vortrag im Hotel „Wettiner Hof“. Vier Wochen trennen uns noch von dem Tage, an dem der Wahlzettel die Entscheidung bringen soll. Alzu viel Zeit ist das nicht, aber noch stehen die Wähler nicht im Bann des Wahlappells, der erst anzuhören beginnt und noch in ruhigen Bahnen läuft. Der Beifall der Versammlung am Sonnabend war daher auch nur ein schwacher, kaum daß 200 bis 300 Personen anwesend sein mochten. Herr Regierungsbaumeister Dr. Hartwig, Dresden, sprach über den Wiederaufbau Deutschlands. Jede politische Versammlung möglicht sich eigentlich heute mit dem Thema beschäftigen, wie können wir unter zusammengetrocknetem Vaterland am raschesten und zweckmäßigsten wieder aufbauen, wie können wir die Schwäche von Vierialles abschütteln, wie die deutschen Volksgenossen zurückgewinnen, die unter bürgerlicher, polnischer und französischer Herrschaft stehen, wie die Bedeutung in der Weltwirtschaft wiederhergestellt werden. Wie fragt Wolfe der Deutsche heute, ob er nicht weiter bestehen will? Diese Fragen wolle der Deutsche heute aber nicht erklären wissen. Vielmehr unterhalte man sich über die Einwohnerwehr, über die Gewinnungsfähigkeit der Reichswehr, über die Steuern und über den Kapp-Putsch. Man sage, der Feind steht rechts und suche den Kapp-Putsch gegen die Rechtspartei auszubauen. Hätte die Deutsche Volkspartei den Kapp-Putsch unterstützt, dann wäre er anders ausgefallen. Man schreibe die reaktionäre Abreihen unter, behaupte, sie wolle den alten Zustand wieder herstellen. Das deutet die Kaiserzeit sei im November 1918 zu Grabe getragen und nur kurzfristig könnten es wieder herstellen wollen. Eine eingetaktete Brücke müsse von Grund auf neu aufgebaut werden. Nach der Revolution sei den Linksparteien eine Gelegenheit gegeben gewesen, ihre Ideale zu verwirklichen. Aber die Brücke, die sie erbaut hatten, könne kaum die Lasten tragen, von denen sie heute beansprucht werde. Man habe sie mit Sandsteinen ausgestattet: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Böllererbefreiung, Unabhängigkeit der Züchtigen usw. Aber das eigentliche Brückengewicht habe ein leichter Angenehm installiert. Es befehle in Regierungshampt. Begehrlichkeit, Feind, Klassenkampf, Sozialismus, Hunger. Wie lange werde es dauern, bis das deutsche Reich den wahren Wert der Sandsteine erkenne, bis der deutsche Arbeiter sieht, daß er unter untreuer Arbeit der Welt sei, den die Feinde mit der Hungersnot die regieren? Man habe den Militärsäms bestellt und damit Deutschland zum Geißelstier der ganzen Welt gemacht. Das kleinste Nationen könne uns heute antreuen, ohne daß wir ihm mit Nachdruck entgegen treten könnten. Welche das Gleiche ist, daß jedem Engländer zwölf Mal mehr Kulturland zur Verfügung steht als dem Deutschen? Gibt es noch Deutsche, die daran zweifeln, daß der Böllerbund lediglich gehofft sei, um und zu unterdrücken. Man sage, der Böllerbund wolle seine militärischen Machtmittel anwenden, sondern nur wirtschaftliche Repressalien. Wenn nun aber einmal England oder Amerika sich nicht führen wollten? Die Anwendung wirtschaftlicher Repressalien gegen sie werde jeder als einen guten Wiss betrachten. Auch das Selbstbestimmungsrecht gelte nur für Deutschland. Im eigenen Lande unterdrückt England die Freiheit wie seit Jahrhunderten. Der Deutscher Wilson habe erklärt, seine 14 Punkte erst dann zur Geltung bringen zu können, wenn Deutschland die Hohenzollern bestellt habe. Deutschland